

Die Grüne Liste Hirschberg fordert die Herausnahme der zusätzlichen Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Heddesheim/Hirschberg. Wir beziehen uns insbesondere auf die gesamte zusätzliche Erweiterungsfläche auf Hirschberger Gemarkung (bis zur Heddesheimer Straße), aber auch auf die Heddesheimer Flächen, die aufgrund des vorgesehenen Logistik-Schwerpunkts die Verkehrssituation in Hirschberg stark belasten würden.

Auch der Umweltbericht des Regionalplans erklärt: „die Gebietsänderung insgesamt aus regionaler Sicht mit voraussichtlich mittleren negativen Umweltauswirkungen verbunden. Der Änderungsbereich ist daher aus Umweltgesichtspunkten für eine gewerbliche Entwicklung bedingt geeignet.“ Der Regionalplan sollte den Umweltbericht ernst nehmen und die Planungen entsprechend anpassen.

Schon bei der derzeit geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets gab es eine erfolgreiche Bürgerinitiative und einen denkbar knappen Bürgerentscheid, der zeigte, dass knapp die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger überhaupt keine Erweiterung der Gewerbeflächen wünschen. Eine weitere Gewerbegebietserweiterung steht deshalb außer Frage. Neben den ökologischen Grünen, auf die wir im Folgenden eingehen werden, droht durch diese überzogene Planung die Spaltung der Einwohnerschaft Hirschbergs.

Die folgenden Gründe sprechen eindeutig gegen die Ausweisung als Erweiterungsfläche:

1. Klimaschutz: Oberstes Ziel der Politik muss derzeit der Klimaschutz sein. Mit einer immer weiteren Ausweisung von Baugebieten können aber die Klimaziele des Rhein-Neckar-Kreises nicht erreicht werden. Schon durch die kürzlich beschlossene Erweiterung des Gewerbegebiets wird Hirschberg de facto keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten können, weil – realistisch betrachtet – sämtliche Einsparungsleistungen der nächsten Jahre nur mit Mühe die zusätzlichen Emissionen des vergrößerten Gewerbegebiets kompensieren werden. Eine nochmalige Erweiterung muss deshalb verhindert werden.
2. Schutz der Biodiversität: Gerade im Offenland ist Naturschutzverbänden zufolge die Artenvielfalt in den letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen. Der Rückgang der Biodiversität hat inzwischen kritische Ausmaße angenommen, jede weitere Verschlechterung ist irreversibel. Eine weitere Bebauung offener Flächen in der Metropolregion lehnen wir deshalb kategorisch ab.
3. Bodenschutz: Die Versiegelung von Freiflächen ist immer mit gravierenden, überwiegend irreversiblen Schädigungen der ökologischen Funktionen der Böden und mit diversen weiteren Umweltbeeinträchtigungen verbunden. Die natürliche Leistungsfähigkeit und Regelungsfunktion der Böden und damit ein wesentlicher Teil des Naturhaushalts gehen mit Überbauung und Bodenverdichtung, mit Abgrabung und Ablagerung, unwiederbringlich verloren. Zudem müssen landwirtschaftliche Flächen erhalten werden, um die regionale Nahrungsmittelversorgung – und damit die Lebensgrundlage der Menschen – zu sichern. Bei der vorgesehenen Fläche handelt es sich um hochwertige landwirtschaftliche Böden, die unbedingt erhalten werden müssen.
4. Gewässerschutz: Das betreffende Gelände liegt Wasserschutzgebiet. Im Flächennutzungsplan steht dazu konkret: „Durch die Versiegelung ist mit einem erhöhten Oberflächenabfluss und einer Verringerung der Grundwasserneubildung zu rechnen. Potenzielle Gefahr für Grundwasser bei Eingriff in Grundwasser führende Schichten. Hohes Gefährdungspotenzial des Oberflächenwassers und des Grundwassers gegenüber Verunreinigungen, Lage im Wasserschutzgebiet.“

5. Erhaltung der Kaltluftsammlgebiete: Die Fläche liegt in einem Kaltluftsammlgebiet. Gerade angesichts der aufgrund des Klimawandels voraussichtlich steigenden Temperaturen müssen Kaltluftsammlgebiete unbedingt erhalten werden, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen an der Bergstraße zu schützen.

6. Schutz der Anwohner\*innen vor Verkehrsbelastung: Durch die derzeitige Zufahrt am nördlichen Ende des Hirschberger Gewerbegebiets wird der Verkehr eines erneut erweiterten Gewerbegebiets nicht mehr abfließen können, so dass eine weitere Erschließung über die Heddesheimer Straße nötig sein wird. Der zusätzliche Verkehr würde eine starke Belastung hinsichtlich Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsgefährdung für Leutershausen erzeugen, da er direkt durch die dortigen Wohngebiete fließen würde. Zudem ergäbe sich eine verstärkte Gefährdung von Schulkindern auf dem Schulweg durch den zusätzlichen (Schwer-)verkehr.

7. Erhalt von Flächenpotential für kommende Generationen: Die Gemeinden müssen aufhören, das Flächen-Erbe der zukünftigen Generationen zu verschleudern! Um auch in Jahrzehnten noch Spielraum für die ökonomische Entwicklung zu haben, muss jetzt sorgsam mit der Ausweisung zusätzlicher Flächen umgegangen werden.

Wir haben in Deutschland einen Punkt erreicht, an dem jede weitere Verschlechterung unserer Lebensgrundlagen an anderer Stelle kompensiert werden muss, um keinen weiteren Netto-Verlust zu erleiden. Der nun vorliegende Regionalplan leistet aber gerade dieser weiteren Verschlechterung durch die massive Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete, nicht nur in Hirschberg, Vorschub. Statt die Planungen der Gemeinden zu koordinieren und zu einer nachhaltigen Strategie zu bündeln, verschärft diese Planung den Wettbewerb der Gemeinden um die Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete. Daher fordern wir für den gesamten Regionalplan eine deutliche Reduktion der für Verkehr, Wohnbau- und Gewerbegebiete vorgesehenen Flächen auf maximal 2400 Hektar (statt der aktuell enthaltenen 4700 Hektar!), um das Ziel von deutschlandweit maximal 30 Hektar pro Tag zu erreichen.

Nach geltendem Recht muss für den Flächenverbrauch an einem Ort an anderer Stelle „Boden wieder gut gemacht“ werden. Diesen Grundsatz sollte auch der Regionalplan verfolgen, d.h. der Summe aller zusätzlich für Baugebiete vorgesehenen Flächen muss eine ebenso große Fläche entgegenstehen, die aus der Nutzung genommen wird. Diese Fläche fehlt im Regionalplan bisher.